

Opfer „schwarzer Pädagogik“: Immer mehr ehemalige Heimkinder beantragen Hilfe

STUTTGART. Die Berichte über brutale Heimerziehung haben die Opfer ihre Scham überwinden lassen. Erst gingen die Anträge auf Entschädigung beim Hilfsfonds tröpfchenweise ein, zuletzt aber kam auf die Behörden eine Flut von Meldungen zu.



Kinder in einem Heim 1948. Foto: Hans Lachmann / Deutsches Bundesarchiv / Wikimedia Commons

Zwangsarbeit, Demütigung, Schläge – für viele Heimkinder gehörte in den 1950er und 1960er Jahren seelischer und körperlicher Missbrauch zum Alltag. Der Fonds Heimerziehung West, der die Opfer entschädigen soll, ist auf unerwartet hohe Resonanz gestoßen. Beispiel Baden-Württemberg: «Es gab mehr Schicksale als angenommen, der Fonds hat dazu beigetragen, gesellschaftlich und individuell tabuisierte Vergangenheit sichtbar zu machen und wieder aufleben zu lassen», sagt Sozialministerin Katrin Altpeter (SPD).

Zunächst hatte sie mit weniger als 100 Antragstellern gerechnet. Zum Schluss habe der Fonds aber noch einmal an Dynamik zugenommen: Allein im Dezember 2014, dem letzten Monat des Fonds Heimerziehung West, hätten sich im Südwesten 304 Betroffene gemeldet; das sei ein Drittel der Zahl aus den Jahren 2012 und 2013 zusammen. Seit Anfang 2012 haben sich in Baden-Württemberg 1690 Opfer registriert, das entspricht etwa zehn Prozent der bundesweiten Zahl von 16.582.

Im Schnitt betrug die Unterstützung 14.180 Euro. Dies umfasst Sachleistungen, etwa medizinische Hilfsmittel, sowie Rentenersatzleistungen, wenn Heime Kinder zur Arbeit gezwungen und keine Sozialversicherungsbeiträge gezahlt hatten. «Auch wenn man die Vergangenheit nicht ungeschehen machen kann, ist das eine Genugtuung für die Betroffenen in bescheidenem Umfang», sagte die Ministerin.

Vor 50, 60 Jahren litten Tausende der 700.000 bis 800.000 Kinder und Jugendlichen in westdeutschen Heimen von Kommunen, Kirchen oder Landeswohlfahrtsverbänden unter seelischer und körperlicher Gewalt. Nach Altpeters Worten setzen die Behörden heute eher auf ambulante Hilfen für Familien als auf stationäre Heimplätze.

Die vor Fristablauf registrierten Betroffenen können noch damit rechnen, eine Beratung bei der Anlaufstelle des

Kommunalverbandes für Jugend und Soziales (KVJS) zu erhalten. Das Land stellt in diesem und im kommenden Jahr zusätzlich 5,1 Millionen Euro bereit, unter anderem um die Zahl der Beratungsfachkräfte von 5,5 auf 7,5 aufstocken und die Warteliste abbauen zu können.

Die bisherige Hilfe im Südwesten von 6,2 Millionen Euro entfiel zu zwei Dritteln auf das Land, zu einem Drittel auf die Kommunen. Der Gesamtfonds in Höhe von 120 Millionen Euro bundesweit war bereits im Herbst vergangenen Jahres ausgeschöpft. Altpeter rechnet damit, dass der Fonds in einem ersten Schritt um 60 Millionen Euro und danach je nach Bedarf um weitere Summen erhöht wird. «Da ziehen alle Bundesländer an einem Strang.»

Der Fonds Heimerziehung geht unter anderem auf die Initiative ehemaliger westdeutscher Heimkinder zurück, die sich 2006 an den Petitionsausschuss des Bundestages gewandt hatten. Sie schilderten die lieblose und von Gewalt geprägte Erziehung in manchem Heim, bevor die Studentenbewegung die Pädagogik der Schläge und Erniedrigungen infrage stellte. Angesichts der Unwägbarkeiten bezüglich Betroffenzahlen und finanzieller Konsequenzen bezweifelt Altpeter, dass einzelne Fonds für bestimmte Lebenssituationen künftig noch sinnvoll seien. Vielmehr könnten sie in die geplante Novelle des Opferentschädigungsgesetz aufgenommen werden.

Als einziges Land hat Baden-Württemberg sein Landesarchiv damit beauftragt, die Heimerziehung zwischen 1949 und 1975 aufzuarbeiten, den Betroffenen bei der Recherche zu helfen und deren Erlebnisse und Anregungen aufzunehmen. Die Ergebnisse dieser Arbeit sollen Mitte des Jahres in einer Wanderausstellung gezeigt werden.
dpa